



Syrische Flüchtlinge an der Grenze zur Türkei. (Foto: UNHCR/ I Prickett)

Projekt Flucht und Asyl gestartet

Die großen globalen humanitären Krisen haben im Jahr 2015 endgültig auch Europa erreicht, eingeholt und erschüttert. Rund eine Million Menschen suchten Zuflucht in Deutschland, rund 80.000 von ihnen kamen nach Hessen. Der PARITÄTISCHE Hessen hat am 1. Januar 2016 das dreijährige Projekt „Flucht und Asyl“ gestartet, um seine Mitgliedsorganisationen künftig noch intensiver in ihrer Flüchtlingsarbeit unterstützen und begleiten zu können. Im Interview berichten Lea Rosenberg, Referentin im Projekt Flucht und Asyl, und Maria-Theresia Schalk, Referentin für Migration, über die Ziele des Projekts.

In welchen Bereichen engagieren sich Mitgliedsorganisationen des PARITÄTISCHEN Hessen bereits für Flüchtlinge?

Maria-Theresia Schalk: Das ist ein sehr breites Spektrum, das vom Betrieb von Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften über die Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen bis zur Ehrenamtskoordination oder der psychosozialen Betreuung und Beratung reicht. Angeboten werden auch

Integrations- und Sprachkurse oder Unterstützung, die sich speziell an Frauen oder homosexuelle Menschen in den Unterkünften richten. Es kommen ständig neue Aktivitäten hinzu, sowohl von Organisationen, die schon sehr lange in der Flüchtlingsarbeit tätig sind, als auch von solchen, für die das noch Neuland ist.

Wie möchte der PARITÄTISCHE Hessen seine Mitglieder unterstützen?

Lea Rosenberg: Im Projekt Flucht und Asyl möchten wir uns sehr stark an den Bedarfen der Mitgliedsorganisationen orientieren. Deshalb möchte ich zunächst möglichst viele von ihnen besuchen und kennenlernen, um dann passgenaue Angebote konzipieren zu können.

Welche Angebote könnten das sein?

Lea Rosenberg: Geplant sind Fortbildungen und Schulungen, die dezentral in Hessen angeboten werden sollen, beispielsweise zu Fragen der Asylgesetzgebung und des Asylbewerberleistungsgesetzes. Außerdem möchten wir in kleinen



Lea Rosenberg ist Referentin im Projekt Flucht und Asyl

und schnellen Formaten auch Fachgespräche sowie Runden mit Expertinnen oder Experten veranstalten, mit denen wir darauf reagieren, dass sich die Debatten und Anforderungen in diesem Bereich derzeit laufend ändern. Anstatt ganztägiger, zentraler Fachtagungen möchten wir flexiblere Plattformen bieten. Denkbar sind auch Informationsveranstaltungen für ehrenamtlich Engagierte in den Paritätischen Freiwilligenzentren, die auf ganz Hessen verteilt sind. Bei unseren kompakten Angeboten werden wir immer berücksichtigen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Flüchtlingshilfe unter einem sehr hohen Arbeits- und Zeitdruck stehen. Da kann es dann durchaus sein, dass wir auch Abend- oder Wochenendangebote einrichten. Wir wollen auch einen Pool von Referentinnen und Referenten aufbauen, auf den Mitgliedsorganisationen zugreifen können, etwa wenn sie selbst Inhouse-Schulungen planen.

Die hessische Landesregierung hat im November 2015 ihren „Aktionsplan zur Integration von Flüchtlingen und Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts“ vorgestellt, für den 500 Millionen Euro vorgesehen sind. Insgesamt will das Land im laufenden Jahr mehr als eine Milliarde Euro in diesem Bereich ausgeben. Bleiben dennoch Forderungen offen?

Maria-Theresia Schalk: Wir vermissen nach wie vor die Förderung einer unabhängigen, professionellen Flüchtlingsberatung. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern investiert Hessen in diesem sehr wichtigen Bereich nicht. Außerdem fordern wir eine deutliche Verbesserung der psychosozialen Versorgung traumatisierter Flüchtlinge, die ebenfalls unbedingt



Maria-Theresia Schalk ist Referentin für Migration

flächendeckend angeboten werden müsste. In der Flüchtlingshilfe muss schon jetzt über die Soforthilfe hinaus weiter gedacht werden. Denn die geflüchteten Menschen werden zeitversetzt in allen Bereichen der sozialen Arbeit ankommen, in Kindertagesstätten, bei Angeboten zur beruflichen Bildung ebenso wie in der Suchtberatung. Daher sind jetzt niedrig-

schwellige Angebote sehr wichtig, zum Beispiel Deutschkurse für Mütter mit kleinen Kindern oder Unterstützung bei der Alltagsorientierung. Einige unserer Mitgliedsorganisationen sind seit vielen Jahren in der Migrationsarbeit aktiv und haben viel Wissen zum Thema Interkulturelle Öffnung. Diese Expertise sollte das Land aktiv einbinden und dies auch finanziell fördern.

Die Fragen stellte Barbara Helfrich

k o n t a k t

■ Lea Rosenberg
Tel. 069 955 262-52
E-Mail: lea.rosenberg@paritaet-hessen.org

■ Maria-Theresia Schalk
Tel. 069 955 262-37
E-Mail: maritz.schalk@paritaet-hessen.org



Gefördert durch die
GlücksSpirale
VON LOTTO

Paritätische Projekte gGmbH

Neuer Geschäftsführer

Andreas Beck ist seit Jahresbeginn neuer hauptamtlicher Geschäftsführer der Paritätischen Projekte gemeinnützige Gesellschaft mbh, einer Tochtergesellschaft des PARITÄTISCHEN Hessen, die 14 soziale Einrichtungen betreibt. Der 35-jährige folgt auf Marek Körner, der die Paritätische Projekte gGmbH neben seiner Tätigkeit als Referent für Soziale Arbeit beim PARITÄTISCHEN Hessen seit dem Jahr 2000 mit aufgebaut und geleitet hat. Günter Woltering, Landesgeschäftsführer des PARITÄTISCHEN Hessen, bleibt Geschäftsführer der Tochtergesellschaft.

Andreas Beck stammt aus Marburg und hat Sozialmanagement studiert. Danach war er betriebswirtschaftlicher Berater bei der PariDienst GmbH, einer Tochter des Paritätischen NRW. Anschließend arbeitete er als Referent des Landesge-



Andreas Beck

schäftsführers beim Paritätischen Thüringen und hatte dort die Projektleitung zum Thema Strategische Sozialplanung. Bevor er nach Hessen zur Paritätischen Projekte gGmbH wechselte, war er Fachreferent für stationäre und ambulante Wohnangebote für Menschen mit Behinderung beim Paritätischen NRW.

Inklusion in den Regionen

Wie ist es zwischen Kassel und Darmstadt um die Inklusion bestellt? Wie engagieren sich der PARITÄTISCHE Hessen und seine Mitgliedsorganisationen gemeinsam mit anderen Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege für die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung? In lockerer Folge stellen wir beispielhafte Aktionen und Projekte vor.

Gemeinsam in Bewegung

Das Projekt GiB in Kassel

Möglichst viele Bewegungs- und Sportangebote in den Vereinen der Region Kassel anzustoßen, die von Menschen mit und ohne Beeinträchtigung genutzt werden können – das ist das Ziel des auf drei Jahre ausgelegten Inklusionsprojekts „GiB – Gemeinsam in Bewegung“. Ein Jahr nach seinem Start zieht Projekt-Mitarbeiterin Bianca Wagner jetzt eine positive Bilanz: Bereits sieben Sportangebote in den Bereichen Fußball, Kanu, Fitnessstraining, Schwimmen, Kinderturnen und Outdoor- und Bewegungsspiele wurden gestartet und sowohl beratend als auch finanziell unterstützt. „Am Anfang dachten wir noch, wir müssten viel mehr für das Thema Inklusion selbst werben und Übungsleiter überzeugen. Mittlerweile haben wir gemerkt, dass viele Vereine für das Thema eigentlich offen sind und teils nur nicht genau wissen wie sie es angehen sollen“, so Bianca Wagner.

Erfolgreiches Kooperationsprojekt

Ins Leben gerufen wurde das Projekt GiB vom Verein aha e.V. zusammen mit dem Verein fab e.V., dem PARITÄTISCHEN Hessen, dem Landessportbund Hessen (LSBH), der Sportjugend Hessen und weiteren Kooperationspartnern vor Ort. Derzeit sind Bianca Wagner und ihr Kollege Marco Ferchland mit gut 30 Sportvereinen in der Region Kassel im regelmäßigen Austausch zum Thema Inklusion. Unter anderem bilden sie Übungsleiter und Trainer zum Thema Behinderung und Inklusion fort und beraten sie zu Unterstützungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung, beispielsweise zur Assistenz, und zu den jeweiligen behinderungsspezifischen Bedarfen bezüglich Barriere-

freiheit und Anleitung. Zu den Fortbildungen, die vom Landessportbund Hessen zur Lizenzverlängerung für Übungsleiterinnen und Übungsleiter im Freizeit- und Breitensport anerkannt sind, gehören neben Informationen auch jede Menge sportpraktische Übungen und Beispiele. „Besonders wichtig ist uns, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ganz praktische Erfahrungen sammeln und verschiedene Ideen ausprobieren können“, betont Marco Ferchland.

Eine der zentralen Aufgaben des von der Aktion Mensch und der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen geförderten Projekts ist es, Vereine und potenzielle Teilnehmerinnen und Teilnehmer zusammenzubringen. Es informiert Menschen mit Behinderungen über inklusive Sport- und Bewegungsangebote in der Stadt und im Landkreis Kassel und unterstützt sie bei der Suche nach passenden Angeboten sowie bei der Kontaktaufnahme mit den Vereinen und falls Probleme auftreten

Willkommenskultur in den Vereinen

„Der Sport bietet vielfältige Möglichkeiten zur Begegnung von Menschen mit und ohne Behinderung. Derzeit ist es jedoch noch so, dass auch in der Region Kassel Menschen mit Behinderung an Angeboten der Sportvereine nebenan kaum teilnehmen“, berichtet Bianca Wagner. „Eingeschränkte Wahlmöglichkeiten, ungenügende Unterstützung, bauliche Hindernisse vor und in den Sportstätten und fehlende Erfahrungen stehen einem gemeinsamen Aktiv-Sein von Menschen mit und ohne



Auf zur inklusiven Paddeltour! Foto: GiB

Behinderung oft im Weg.“ Allein der Gedanke, möglicherweise mit der eigenen Beeinträchtigung nicht akzeptiert zu werden, hemme viele Menschen mit Behinderung, beim Sportverein nebenan anzufragen. Gerade aus diesem Grund spiele eine Willkommenskultur in den Vereinen auch eine zentrale Rolle. Die Bedenken, die teilweise bei den Sportvereinen bestehen, seien meist darauf zurückzuführen „im Umgang mit Menschen mit Behinderung alles richtig machen zu wollen“, so Bianca Wagner.

Um im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit und ohne Behinderung im Sport zu verbessern, will das Projekt GiB im Jahr 2016 neben dem Kontakt zu Sportvereinen auch den zu Schulen und sozialen Einrichtungen intensivieren.

k o n t a k t

Projekt „GiB - Gemeinsam in Bewegung“
Kölnische Straße 99
34119 Kassel
Tel. 0561 506 165-150
E-Mail: info@ahaev.de
www.gib-regionkassel.de

TTIP gefährdet die sozialen Standards

Hessische Wohlfahrtsverbände kritisieren Freihandelsabkommen



Dr. Wolfgang Kessler, Annette Wippermann und Dr. Joachim Rock (v. lks.) informierten über TTIP und andere Freihandelsabkommen. Foto: Barbara Helfrich

Als „Frontalangriff des Großkapitals auf die Demokratie“ bezeichnete einer der Zuhörer das geplante Freihandelsabkommen TTIP bei einer Informationsveranstaltung, zu der vier hessische Wohlfahrtsverbände Ende Januar ins Frankfurter Haus am Dom eingeladen hatten, neben dem PARITÄTISCHEN waren das Arbeiterwohlfahrt (AWO), Caritas, Diakonie und Deutsches Rotes Kreuz. Die beiden Gastreferenten teilten diese Einschätzung ausdrücklich. Dr. Joachim Rock, Grundsatzreferent Soziales beim Paritätischen Gesamtverband, und der Wirtschaftsjournalist Dr. Wolfgang Kessler warnten in ihren Vorträgen vor den fatalen Folgen, die sozialen Standards durch TTIP, CETA und TiSA drohen.

Denn obwohl Details zu den Verhandlungen zwischen der EU und den USA geheim gehalten werden, ist schon jetzt klar, dass das umstrittene Freihandelsabkommen ausschließlich das Wohl multinationaler Konzerne im Blick hat. Die hohe Qualität sozialer Dienstleistungen, die in Deutschland gemeinnützige Träger garantieren, die nicht profitorientiert arbeiten, ist durch TTIP massiv gefährdet - ein As-

pekt, der in der öffentlichen Debatte oft vernachlässigt wird.

Fair-Trade-Abkommen als positive Vision
Gemeinnützige Träger, die sich in ihrer Arbeit stark an ethischen Werten orientieren, würden durch Freihandelsabkommen in scharfer Konkurrenz zu gewerblichen Anbietern stehen, die rein gewinnorientiert sind. Zudem würde durch TTIP das gesamte deutsche Gemeinnützigkeitssystem unter Druck geraten, da Konzerne vor internationalen Schiedsgerichten gegen vermeintliche Wettbewerbsvorteile der gemeinnützigen Träger klagen könnten. Schon jetzt ist beispielsweise absehbar, dass amerikanische Hostelbetreiber das Deutsche Jugendherbergswerk, welches gemeinnützig ist und öffentlich gefördert wird, verklagen werden.

Das Ziel von TTIP sei „die Freiheit von Unternehmen, möglichst ohne jede Restriktion“, sagte der Wirtschaftsjournalist Dr. Wolfgang Kessler. Doch diese „neue neoliberale Wachstumsoffensive“ gehe an den Herausforderungen der Zukunft völlig vorbei. Nötig sei vielmehr ein „Fair-Trade-Abkommen“. Diese „positive Vision“ sei derzeit nicht mehrheitsfähig, wie Kessler einräumte. Grund dafür sei der Neoliberalismus, der seit drei Jahrzehnten das wirtschaftliche Denken beherrscht.

Breiter Protest

„Doch jede Umfrage ergibt eine Mehrheit gegen TTIP“, sagte Kessler. Und Dr. Joachim Rock erinnerte an die Großdemonstration gegen TTIP, zu der im vergangenen Oktober in Berlin 250.000 Menschen kamen: „Das war ein sehr deutliches Zeichen“. TTIP sei „kein neutrales Instrument“, eine Abwägung zwischen den Kapitalinteressen und den Bevölkerungsinteressen sehe es nicht vor. Von einer weiteren Liberalisierung des Handels wären

laut Rock soziale Dienstleistungen und Gesundheitsleistungen besonders betroffen. Der Grund: Sie werden bislang nur zu rund zwei Prozent über nationale Grenzen hinweg gehandelt, während in anderen Branchen die internationalen Handelsmöglichkeiten bereits weitgehend ausgeschöpft sind.

„Aber soziale Dienstleistungen sind keine Ware, sondern Vertrauensdienstleistungen nahe am Menschen. Sie sollten nach anderen Regeln laufen“, betonte Dr. Joachim Rock. In den meisten Ländern der Welt werden soziale Dienstleistungen entweder vom Staat oder von gewerblichen Anbietern erbracht. Deutschland stellt mit seinem starken gemeinnützigen Bereich, dem so genannten dritten Sektor, eine Ausnahme dar, auch innerhalb der EU. Dieses bewährte sozialrechtliche Dreiecksverhältnis zwischen Hilfeberechtigten, Leistungserbringern und öffentlichen Leistungs- und Kostenträgern werde durch TTIP zur Disposition gestellt. Große Gefahren für soziale Standards gehen aber auch vom geplanten Freihandelsabkommen CETA aus, das zwischen der EU und Kanada bereits weitgehend ausverhandelt ist, und von TiSA, einem Abkommen, an dem neben der EU, den USA und Kanada noch zahlreiche weitere Staaten weltweit beteiligt sind.

In der Diskussion, die Annette Wippermann, Grundsatzreferentin des PARITÄTISCHEN Hessen moderierte und zu der rund 150 Zuhörerinnen und Zuhörer kamen, waren beide Gastredner optimistisch, dass TTIP noch verhindert werden kann. Rechtsexperten seien der einhelligen Meinung, dass auch der Bundestag dem Abkommen zustimmen muss und nicht nur das Europaparlament. Dies sei angesichts der breiten Proteste jedoch unwahrscheinlich: „Doch es ist wichtig, jetzt den Druck aufrecht zu erhalten.“

Barbara Helfrich